67. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 10gespalt. Zeile 5.— M., Reklameteil 20.— M. Stellungsuchende 2 Mark

Als besondere Beilagen erscheinen: Zinsschein-Kalender, Allgemeine Verlosungslisten mit Restanten, Ziehungslisten der Preussischen-Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Uebersichten.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe

Nummer 376.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich 36.— Mark, monatlich 12.— Mark, bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterr., des tschechoslowak. Staates, Ungarn, Luxemburg, Schweiz, Niederlande, Dänemark, Schweden, Norwegen u. Bulgarien. Für das übrige Ausland ist der Bezug nur unter Streifband mit dem nötigen Porto-Aufschlag durch die Expedition dieser Zeitung zulässig.

Bestellungen werden außerdem angenommen bei sämtlichen Zeitungsspediteuren und unserer Geschäftsstelle

Telegramm-Adresse: »Börsenkrone« | Fernspr. d. Schriftltg.: Zentrum 243 u. 12352 | Schriftleitung u. Geschäftsst.: W8, Kronenstraße 37 | Sonnabend, 13. August 1921 | Fernspr. d. Druckerei: Zentrum 2488 | Postscheck-Konto: Berlin 26412 | Einzelpreis 40 Pf.

Sofortige Einberufung des Völkerbundes?

Völkerbundsrat am 20. August?

Paris, 12. August.

Briand hat als Vorsitzender des Obersten Rates heute abend den geschäftsführenden Präsidenten des Völkerbundes Vicomte Ishii von der einstimmig vom Obersten Rat gefaßten Entschließung verständigt, die Ansicht des Völkerbundsrates über den Verlauf der Grenze zwischen Deutschland und Polen in Oberschlesien einzuholen. Er bat gleichzeitig dringend, den Völkerbund einzuberufen.

EE Paris, 13. August.

Ueber die Absichten des Völkerbundes erfährt man bisher folgendes:

Der japanische Botschafter Ishii hat die Absicht, den Völkerbundsrat zum 20. August einzuberufen. Man nimmt an, daß die Sitzung noch vor der eigentlichen Sitzung des Völkerbundes am 1. September in Genf erfolgen wird. Man glaubt, daß der Oberste Rat zunächst einen Bericht erstatter ernennen wird. Eine Woche später werde sich dann der Völkerbund mit der Angelegenheit beschäftigen können. Es gibt jedoch Zeitungen, die befürchten, daß sich die Verhandlungen des Obersten Rates über sechs Wochen hinziehen könnten. Auch Lloyd George scheint dieser Ansicht gewesen zu sein, daß der Völkerbund eine Entscheidung nicht rasch fällen könne, daraus erklärt sich auch der Umstand, daß er dem französischen Standpunkt Rechnung trug und der Entsendung von Truppen zustimmte.

*

Der Völkerbundsrat setzt sich zur Zeit aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Hymans (Belgien), Da Cunha (Brasilien), Koo (China), Quinones de Leon (Spanien), Hanotaux (Frankreich als Vertreter von Leon Bourgeois), Fisher (Groß-Britannien), Orsini Baroni (Italien) und Vicomte Ishii (Japan). Alle Beschlüsse des Völkerbundsrats bedürfen einstimmiger Annahme.

Entscheidung oder Gutachten?

Die Ansicht des „Matin".

Paris, 13. August.

Wie der „Matin" mitteilt, wird Polen als Mitglied des Völkerbundes bei der Beratung über die oberschlesische Frage jedenfalls konsultativ zugelassen werden. Auch die Zulassung eines deutschen Delegierten werde wahrscheinlich bestimmt werden.

Das Blatt sagt, **es sei nicht sicher, daß der Völkerbund es übernehmen werde, die Grenzlinie selbst festzusetzen, was er bereits in der albanischen Frage verweigert habe. Man erwarte von ihm aber, daß er in ethnographischer, geographischer und wirtschaftlicher Beziehung ein begründetes Gutachten abgeben werde,** nach dem sich die oberschlesische Grenzlinie von selbst ergeben werde.

Einen Augenblick sei daran gedacht worden, die Frage den Vereinigten Staaten zum Schiedsspruch zu überweisen, aber die Haltung Amerikas, die eine Einmischung in diese europäische Frage ablehne, habe dazu geführt, daß dieser Plan fallen gelassen wurde.

Bedingungslose Annahme der Völkerbundentscheidung.

TU London, 13. August.

Reutermeldung.

Lloyd George und Briand haben erklärt, daß ihre beiden Regierungen die Entscheidung des Völkerbundes bedingungslos annehmen würden.

TU. London, 13. August.

Der Beschluß des Obersten Rates, die Entscheidung über Oberschlesien dem Völkerbundsrat zu überlassen, ist in amtlichen Kreisen mit Befriedigung aufgenommen worden. Man erwartet, daß der Völkerbundsrat sofort an die Arbeit gehen wird und eine Entscheidung vor der allgemeinen Völkerbundssitzung im September fällt.

Paris, 13. August.

Die Agence Havas verbreitet folgende Erklärung:

Die Verweisung der Frage der Teilung Oberschlesiens an den Völkerbundsrat wurde in den französischen Konferenzkreisen günstig aufgenommen, welche eine wirkliche Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen, daß diese heikle und verwickelte Frage damit aus dem Bereich ihrer Besorgnisse entschwindet. In der Tat standen sich auch nach viertägiger Beratung die englische und die französische Auffassung scharf gegenüber. Die Lage erschien am Donnerstag durchaus verfahren, da sowohl Italien wie auch Japan sich zu dem englischen Grenzentwurf bekannten, während Frankreich allein seine Gegnerschaft aufrecht erhielt, weil eine solche Grenzführung für Polen ein wahrer Hohn auf jede Gerechtigkeit gewesen wäre. Trotz aller Gründe, die ihm seine Haltung zu einer gebieterischen Pflicht machten, konnte Frankreich sich doch nicht dem Vorwurf aussetzen, nur durch seine Hartnäckigkeit das Werk des Obersten Rates zum Scheitern gebracht zu haben. Briand war der Ueberzeugung, man müsse aus der Sackgasse herauskommen, in die der Oberste Rat sich verfahren hatte, um zu vermeiden, daß Frankreich ganz allein dastehe. Daraufhin erklärte er sich mit einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates einverstanden.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung bis zur Entscheidung und sodann zur Durchführung der Entscheidung werden Frankreich, England und Italien Verstärkungen entsenden, dabei auf den Standpunkt zurückgreifend, den bereits vor dem Zusammentritt des Obersten Rates die französische Diplomatie vertreten hatte, mit anderen Worten, die Inmarschsetzung neuer Truppen noch vor jeder Lösung.

Um die ganze Lösung nochmals zusammenzufassen, kann gesagt werden, daß das vom Obersten Rat angenommene Verfahren zu einer Entscheidung führen wird, die durchaus unparteiisch ist und von keiner Seite angefochten werden kann.

Der Eindruck der Entscheidung in Frankreich.

EE Paris, 13. August.

Die französischen Morgenblätter nehmen den Beschluß des Obersten Rates, die oberschlesische Frage durch den Völkerbund entscheiden zu lassen, mit sehr gemischten Gefühlen auf. Man tröstet sich aber mit dem Gedanken, daß man durch die Billigung dieses Beschlusses das Aeußerste vermied, daß man es namentlich nicht zum Bruche mit England kommen ließ und daß man die Isolierung Frankreichs, die sich während der Sitzung des Obersten Rates offen bekundete, nicht aller Welt sinnfällig vor Augen führen ließ. Lloyd George wird es übel vermerkt, daß er seinen Standpunkt in der oberschlesischen Frage nicht aufgegeben habe. Besonders aber hebt man hervor, daß in dem Fall, daß in öffentlicher Sitzung durch den englischen Ministerpräsidenten festgestellt worden wäre, daß die Alliierten nicht in der Lage seien, eine Grenze für Oberschlesien zu finden, Deutschland seine Handlungsfreiheit wiedergewonnen hätte. Denn gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages hätte Deutschland, wie die Pariser Zeitungen ausführen, das Recht, die Bestimmung des Versailler Friedensvertrages für hinfällig zu erklären, in der gesagt wird, daß Deutschland, nachdem in Oberschlesien eine neue Grenze gezogen worden sei, sich aller Rechte in dem an Polen abzutretenden Teile Oberschlesiens zu begeben habe. Sobald also durch ein Mitglied des Obersten Rates, also einen Vertreter der wichtigsten alliierten und assoziierten Mächte, nun einmal in öffentlicher Sitzung festgestellt wurde, daß eine neue Grenze nicht gefunden werden konnte, hätte Deutschland erklären können, daß die betr. Bestimmung des Versailler Vertrages nicht mehr bestehe, und man hätte Deutschland nicht mehr zum Verzicht auf die Rechte bringen können, die es in dem Polen abzutretenden Teile Oberschlesiens besaß.

Der „Matin" schreibt hierzu: So kühn diese Anschauung auch erscheinen konnte, — sie war die Anschauung aller Juristen des Auslandes. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages wären hinfällig geworden, wenn ein Einvernehmen unter den Alliierten nicht bestehe. Man müsse sich aller Illusionen entschlagen, wie dies auch der französische Ministerpräsident gestern tat, und die Tatsache feststellen, daß es dann keinen Versailler Vertrag mehr gebe. Die Engländer hätten allerdings auf keines ihrer Rechte verzichtet, die ihnen der Versailler Vertrag verleiht, aber man hätte dann einen neuen Vertrag schließen müssen, ohne die Interessen dritter zu verletzen. **Nachdem man wegen der oberschlesischen Frage miteinander brach, müßte man diese dann nach den Wünschen Frankreichs regeln, weil dies sonst für Frankreich eine aufsehenerregende Niederlage wäre (!). Da man jedoch auf den guten Willen Deutschlands unter diesen Umständen nicht rechnen konnte, bliebe nichts anderes übrig, um in dieser Frage die Wünsche Frankreichs durchzusetzen, als zu mobilisieren, Gebiete zu besetzen, Expeditionen zu unternehmen (!), und alles ohne Hilfe jemandes.**

Im Gegensatz zu dieser Anschauung steht Pertinax im „Echo de Paris". Er erklärt, daß Briand durch den englisch-italienischen Vorschlag in keiner Weise überrascht worden sei. Schon vor einigen Wochen habe er selbst erklärt, man werde, falls sich der englisch-französische Konflikt verlängere, den Schiedsspruch des Völkerbundes anrufen. Erst vor einigen Tagen habe er von diesem Plane Bonomi und Della Torretta Mitteilung gemacht, die durch ihre zögernde und schwankende Politik auf der Sitzung des Obersten Rates nur eine Rolle dritten Ranges spielten, und nun, nachdem ihnen Briand von dieser Idee Kenntnis gegeben hatte, glaubten, sie könnten sich Ruhm erwerben. Als sie nun am Donnerstag bei Lloyd George waren, fragte Bonomi, ob es nicht gut wäre, wenn man sich an den Völkerbund wendete, weil dadurch ein Bruch vermieden werde. Lloyd George lehnte nicht ab, nur davon, daß man Briand sofort davon unterrichten wolle, wollte er nichts wissen. Denn damals hoffte er noch, daß Frankreich kapitulieren werde, und er wollte sich die Möglichkeit eines sofortigen Sieges nicht entgehen lassen. Da aber Briand und Loucheur die englischen Vorschläge ablehnten, daß die Entscheidung des Völkerbundes angerufen und Briand davon verständigt werde.

Das „Petit Journal" erklärt, daß Lloyd George außerordentlich geschickt manövriert habe, Italien und Japan für seine Anschauung zu gewinnen und Frankreich zu isolieren, sodaß es nichts andere hätte tun können als kapitulieren. Daran aber hätten Briand und Loucheur auch nicht einen Augenblick gedacht. Seitdem die oberschlesische Frage aufgeworfen wurde, habe sich die französische Anschauung darüber niemals geändert (?). Man habe keinerlei Gewalt gegenüber Deutschland und keinerlei Parteilichkeit gegenüber Polen anwenden, sondern nur für beide Gerechtigkeit üben wollen (!). Das Blatt wirft auf, was geschehen würde, wenn Frankreich sich geweigert hätte, die Entscheidung der oberschlesischen Frage dem Völkerbunde zu unterbreiten. Zweifellos wäre der Bruch eingetreten; Lloyd George hätte sich auf den Obersten Rat zurückgezogen und erklärt, daß von vier Alliierten drei in der oberschlesischen Frage der gleichen Auffassung seien und daß nur Frankreich die Durchführung des Friedensvertrages verhindere. Dadurch wäre Frankreich in eine juristisch peinliche Situation geraten, aus der Deutschland, wie die Juristen hervorheben, zweifellos Vorteile gezogen hätte, die mit den Interessen Polens und Frankreichs in Widerspruch ständen. Wenn sich Frankreich jedoch in eine ehrenhafte, aber unfruchtbare Isolierung zurückgezogen hätte, wäre die Durchführung dse Friedensvertrages aufgeschoben worden. Vom Völkerbund hofft das Blatt, daß sich dort die Freunde und Verteidiger Frankreichs zum Wort melden werden. Frankreich habe vom Völkerbund nicht zu befürchten, daß es dort isoliert dastehe oder in der Minderheit bleibe, da die Beschlüsse des Völkerbundes ja einstimmig gefaßt werden müssen. Der „Petit Parisien" unterstreicht ausdrücklich, daß **die französische Regierung von vornherein beschlossen habe,** sich dem Schiedsspruch des Völkerbundes zu **unterwerfen, selbst wenn** dieser Schiedsspruch nicht mit **Stimmenmehrheit zustande gekommen sei.** Man könnte zwar verlangen, daß diese Stimmeneinhelligkeit erzielt werde, **aber dann würde in Oberschlesien nie eine Grenze gezogen werden.** Deshalb sei es das einzige Mittel, von vornherein zu erklären, daß man sich einem auch nur mit Stimmenmehrheit gefaßten Beschlusse fügen werde. Der „Petit Parisien" erklärt auch, daß **Frankreich bei den Arbeiten des Völkerbundsrates keinerlei Obstruktion treiben** werde.

In der „Action française" wird ausgeführt, daß diese letzte Konferenz für die Alliierten ungefähr die gleiche Bedeutung hätte wie seinerzeit die Aachener Konferenz. **Man müsse sich fragen, welche Garantien der Völkerbund für seine Unparteilichkeit geben könnte (!). Die Motive, aus denen heraus er Schweden die Alandsinseln verweigerte, könnten auch die Annahme rechtfertigen, daß er ganz Oberschlesien Deutschland zuteilen werde. Dadurch allein könnte man schon Zweifel an der Unabhängigkeit und Gerechtigkeit dieses Gerichtshofes hegen.** Es könnte dann noch dazu kommen, daß französische Soldaten gezwungen wären, polnischen Insurgenten eine Teilung aufzunötigen, die ein Spanier, ein Brasilianer und ein Chinese beschlossen hätten.

Zuversichtlicher ist „L'Avenir", die hofft, daß sich der Völkerbund seiner großen Verantwortlichkeit bewußt sein werde und die Lage, die voller Gefahren sei, nicht verlängern werde, sonst würde der Völkerbund sein ohnehin nicht großes Prestige noch völlig einbüßen.

„Tragische Augenblicke im Leben Briands."

EE Paris, 13. August.

Das „Journal" erklärt, daß der französische Ministerpräsident bei der gestrigen Besprechung im Hotel Crillon tragische Augenblicke durchlebte: Er mußte brechen oder aber den von Lloyd George vorgeschlagenen Ausweg annehmen, einen Ausweg, der von den Italienern, diesen Meistern der Kombination, angeregt worden sei. Das „Journal" erklärt, daß Zeit, viel Zeit gewonnen sei, allerdings bereiteten sich auch neue Gefahren und neue Einschränkungen vor, wenn die Interessen oder Leidenschaften der Völker auf dem Spiele ständen. Der Entschluß Briands sei dadurch herbeigeführt worden, daß er Frankreich nicht isolieren, aber auch einem Verbündeten, der an Frankreichs Seite gekämpft hat, nicht gestatten wollte Frankreich als Störenfried zu denunzieren.

Das Echo der „dramatischen Wendung" in England.

London, 12. August.

Alle Blätter befassen sich mit der „dramatischen Wendung", die die Pariser Verhandlungen über Oberschlesien genommen haben. Sie begrüßen es, daß durch Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund ein Bruch der Entente vermieden wurde, und heben hervor, daß dieser Vorschlag von Seiten Groß-Britanniens kam. Der „Preß-Association" zufolge hat **der Beschluß des Obersten Rates in britischen amtlichen Kreisen ziemliche Befriedigung erzeugt.** Es sei wahrscheinlich, daß die gesamte Frage dem Völkerbund anläßlich der Völkerbundsversammlung im September unterbreitet werden wird. Wie verlautet, soll auch die Nähe dieses Ereignisses von gewissem Einfluß gewesen sein.

Der politische Mitarbeiter des „Star" schreibt, bisher habe der Oberste Rat den Völkerbund ausgeschaltet und vorgezogen, die Fäden in seiner eigenen Hand zu behalten, aber jetzt, wo die Alliierten in ihrer Politik und in ihren Interessen einander hoffnungslos entgegenständen, hätten sie sich plötzlich des Völkerbundes erinnert und ihm das Durcheinander der oberschlesischen Frage zur Lösung übergeben. Der Ausschluß Deutschlands aus dem Bunde werde die Unterbreitung dieser Frage nicht berühren, denn es sei vorgesehen, daß in einem solchen Falle der außerhalb des Bundes sich befindende Staat eingeladen werde, die Verpflichtungen der Mitglieder des Bundes zum Zwecke der Lösung einer solchen Streitfrage zu übernehmen. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß Deutschland hierzu bereit sein werde. Deutschland strebe nach der Aufnahme in den Völkerbund, und Deutschlands prompte Zustimmung zu dieser Frage würde ein Beweis von bona fides sein, der sich später als sehr glücklich erweisen werde.

„Pall Mall and Globe" schreibt, wenn Frankreich durch einen Sondervertrag sein Schicksal an eine Macht kette, die so unstet in ihren Entschlüssen sei, wie das neue Polen, so müsse sich Frankreich auf die feste Weigerung seiner Alliierten gefaßt machen, sich in ein solches Unternehmen hineinziehen zu lassen. Wenn es sich erweisen sollte, daß Frankreich bereits in den Netzen der Geheimdiplomatie stecke, dann solle es lieber abseits von den oberschlesischen Schwierigkeiten stehen und anderen die Verantwortung überlassen.

„Westminster Gazette" schreibt, die oberschlesische Frage sei **ein akutes Beispiel der verschiedenen Geistesverfassung,** in der Engländer und Franzosen an eine ganze Gruppe von Fragen, die sich aus dem Friedensvertrag ergeben haben, herangetreten seien. **Es handle sich hier um die Frage, ob die französische Theorie der gewaltsamen Zerstückelung Deutschlands oder die britische Theorie der Erzielung einer friedlichen Regelung durch Versöhnung die Oberhand gewinnen solle.** Dies sei ebenso in der Frage der Sanktionen am Rhein wie in der oberschlesischen Frage zu erwägen. Frankreich werde die Unterstützung der Welt nicht erhalten bei seinem Versuch, Deutschland zu seiner eignen Sicherheit zu zerstören, und es riskiere, daß es sich in einer isolierten Minderheit einem überlegenen Feinde gegenüber befinde, den es so geplagt habe, daß eine Versöhnung ausgeschlossen sei.

Die „Times" sagt weiter, die Verweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbund sei **ein Zugeständnis des Bankerottes jener äußerst anormalen Einrichtung des Obersten Rates, der der Entente schwerere Schädigungen zugefügt habe als die schlimmsten Feinde im Kriege.** Die „Times" erklärt, die oberschlesische Frage sei jetzt nicht mehr eine brennende Frage der englisch-französischen Beziehungen, sondern ein Problem, das im Interesse des Weltfriedens raschest gelöst werden müsse. Das Blatt meint, die Tagung des Obersten Rates sei vorüber, er habe jetzt zugestanden, daß er veraltet sei, und übergebe seine Autorität dem Völkerbunde.

„Daily News" erklärt, der Beweggrund, an den Völkerbund heranzutreten, sei nicht nur der Trieb zur Selbsterhaltung gewesen, sondern der letzte Zufluchtsort in einer verzweifelten Lage. **Der Oberste Rat werde durch seinen Tod der Entente mehr Nutzen bieten als durch seine ewigen Streitigkeiten.**

Kabinettssitzung über Oberschlesien.

Heute mittag um 12 Uhr ist, wie die „P. P. N." hören, die Reichsregierung zu einer Kabinettssitzung zusammengetreten, in der sie sich neben der Behandlung anderer Fragen vor allem auch mit der durch den vorläufigen Ausgang der Pariser Verhandlungen geschaffenen Lage für Oberschlesien befassen wird.

Amtlich ist übrigens die deutsche Regierung bis jetzt noch nicht in Kenntnis gesetzt über den Gang und die Ergebnisse der Pariser Verhandlungen. Es bleibt auch zweifelhaft, ob der Oberste Rat überhaupt der deutschen Regierung offiziell Mitteilung zukommen läßt über die jüngste Wendung der oberschlesischen Frage.

1871 . . . 1921.

Ein reparationspolitischer Vergleich.

Nennt man die Dinge bei ihrem richtigen Namen, so wird man die uns mit dem Londoner Ultimatum auferlegten Verpflichtungen nüchtern als Kriegsentschädigungen zu bezeichnen haben. Wird nach kriegerischen Konflikten zwischen Völkern vom Sieger dem Besiegten derartige wirtschaftliche Leistung auferlegt, so wird sicher der Sieger nicht die Absicht haben, dafür Formen zu wählen, die seiner eigenen Wirtschaft zum Schaden gereichen. Von den für die Leistung solcher Kriegsentschädigungen in Frage kommenden Formen — Erfüllung durch Wareneinfuhr, durch Hingabe von Arbeitskraft oder durch Zahlung von Geld — ist für die uns auferlegten Reparationen die Form der Goldzahlungen gewählt worden. Beschränkteste Blickeinstellung der von merkantilistischem Geist beherrschten französischen und belgischen Industriepolitik hat in Verbindung mit der in den Arbeitermassen dieser Länder noch immer vorhandenen chauvinistischen Stimmung, die sich gegen die Hingabe deutscher Arbeitskraft für die Wiederaufrichtung ihrer Volkswirtschaften wendete, diese Lösung erzwungen. Insbesondere glaubt auch die französische Finanzpolitik, durch deutsche Zahlungen aus ihrer Misere heraus kommen zu können, damit weiterhin der Schein des Erfolges der Siegerstaaten für Frankreich aufrechterhalten werden kann. Daß aber hier die Politik der Alliierten auf einem gefährlichen Trugschluß basiert, zeigt ein Vergleich mit den Folgen der im Frieden von 1871 von Deutschland erzwungenen französischen Goldzahlungen für den deutschen, darüber hinaus aber auch für den gesamten Markt. Der Finanzpolitiker Lansburgh hat in seiner Zeitschrift: „Die Bank" sehr beachtlich vor kurzem auf diese Dinge verwiesen. Er führte dabei im einzelnen aus:

„Obwohl 1871/73 dem Weltmarkt nur verhältnismäßig kleine Goldbeträge entzogen wurden — den Hauptteil von zirka 800 Millionen Goldmark gab Frankreich selbst her — hatte die Schwächung der Bank von England um rund 2 Millionen Pfund Sterling, mehrmals starke Diskonterhöhungen zur Folge. Die als Abwehr durchgeführte Diskonterhöhung Herbst 1872 von 3 auf 7 Prozent bedeutete eine derartige Krisengefahr für ganz Europa, daß Deutschland größere fällige Guthaben in London stehen ließ, also auf die beabsichtigte Goldentnahme verzichtete, und daß Frankreich, der Schuldner, der damals bereits 2½ Milliarden Kriegsentschädigung gezahlt hatte, der Bank von England einen Goldvorschuß von 100 Millionen Francs anbot.... Bei der Handelskrisis von 1873 hatte Frankreich etwa ein Fünftel seiner Schuld (gegenüber Deutschland) in barem Gelde und vier Fünftel in Vermögenswerten gezahlt, nämlich in Renten und Dividenpapieren. Die Krisis war nun nicht nur die Folge des Weltkampfes um das „Reparationsgeld", sondern weit mehr die Folge des deutschen Fehlers, die restlichen vier Fünftel binnen kürzester Frist aus der Kapitalform in die Geldform umzuwandeln. Die deutsche Politik, jene Akzepte schon nach ganz kurzer Zeit zur Einlösung zu präsentieren, führte einen gewaltigen internationalen Liquidationsprozeß herbei, der zuerst und am heftigsten in Wien einsetzte, dann auch die übrigen Weltplätze, vor allem Berlin erfaßte und die Bank von England zu einem neuen, diesmal neunprozentigen Abwehrdiskont zwang. Deutschland, das damit rechnete, mit Hilfe des Wechselerlöses seinen neu angesammelten Goldvorrat weiter verstärken zu können, machte die peinliche Entdeckung, daß die schnelle Zahlung, zu der es die internationale Bankwelt zwang, ihm nicht nur kein Gold zuführte, sondern ihm solches im Gegenteil in großem Maße entzog . . ."

Ueber diese Dinge schrieb übrigens 1873 Ludwig Bamberger, der wirtschafts- und finanzpolitische Führer des damaligen entschiedenen Liberalismus: „Wir werden uns überzeugen, daß die Zahlungsmittel momentan zum größten Teil aus unserm eigenen Barvorrat geschöpft werden."

Es ist von außerordentlichem Interesse, wie völlig die Oeffentlichkeit in den alliierten Staaten sich über die Ausgabe der Schuldpapiere der ersten Serie der Schuldverschreibungen in Höhe von 12 Milliarden Goldmark ausschweigt. Wird über diese Dinge überhaupt gesprochen, so sieht man nur Wiederholungen der Gutachten der amerikanischen Banken, daß der internationale Finanzmarkt für diese Papiere keine Aufnahmebereitschaft zeigen werde. Ist sich Frankreich darüber klar, daß es vor der peinlichen Auswirkung seiner Politik steht, daß die Realisierung der Schuldscheine sich vornehmlich auf seinem eigenem Finanzmarkt vollziehen muß, wenn der Staat überhaupt an Stelle der Schuldverschreibung Gold sehen will? Viele Anzeichen sprechen dafür, daß wir vor einer derartigen Entwicklung stehen. Tritt aber diese Auswirkung des Ultimatums ein, dann werden nicht nur in Frankreich, sondern auch in den anderen Staaten die Kräfte lebendig werden, die auf eine Umgestaltung der Bestimmungen des Ultimatums drängen.

Für uns in Deutschland darf und kann es selbstverständlich nun nicht etwa Aufgabe sein, die Hände in den Schoß zu legen und dieser Entwicklung zu trauen. Nur soll uns dieser Hinweis doch auch die Augen darüber öffnen, daß wir auf falschem Wege sind, wenn wi rdas Problem der Erfüllungspolitik ausschließlich als eine Aufgabe der Finanzpolitik ansehen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Finanzpolitik kann überhaupt erst dann im Rahmen der Erfüllungspolitik einsetzen, wenn für die von ihr zu schaffenden Erträge die Voraussetzungen bestehen. Diese Voraussetzungen lassen sich aber zusammenfassen in die programmatische Forderung nach höchster Leistungssteigerung aller wirtschaftlichen Kräfte. Wirtschaftliche Leistungssteigerung ist aber abhängig von freier Regungsmöglichkeit. Hier eine Harmonie zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den sozialen Erfordernissen der Zeit herbeizuführen, ist mindestens ebenso dringlich, wie alle Ausarbeitung von Steuergesetzentwürfen. Je klarer wir diese volkswirtschaftliche Gesamterfassung uns zur Aufgabe machen, umso ruhiger und sicherer werden wir allen kommenden Schwankungen der Reparationspolitik unter den Alliierten entgegensehen können.

Die Rheinlandkommission für die Aufhebung der Sanktionen.

DA Mailand, 13. August.

Der „Corriere della Sera" bringt die aufsehenerregende, bisher aber noch von keiner Seite bestätigte Meldung, daß die Rheinlandkommission sich in einem umfangreichen Gutachten für die Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen habe.